

Änderungsantrag **der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Auswärtigen Ausschusses

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Gerd Poppe, Dr. Angelika Köster-Loßack, Dr. Helmut Lippelt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/9339, 13/9913, 13/10036, 13/10543 –

Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses wird um folgenden Punkt ergänzt:

„Darüber hinaus fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, angesichts der angespannten Lage im Kosovo das Rückübernahmeabkommen mit der Bundesrepublik Jugoslawien aufzukündigen.“

Bonn, den 29. April 1998

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Lage im Kosovo hat sich in den vergangenen Wochen nicht beruhigt. In den vergangenen Tagen ist eine besorgniserregende Eskalation zu verzeichnen.

Angesichts der fortgesetzten instabilen Lage im Kosovo, der fortwährenden schweren Menschenrechtsverletzungen und der durch mehrere Berichte unabhängiger Menschenrechtsorganisationen belegten Gefährdung für Rückkehrer bzw. abgeschobene Personen ist eine Abschiebung abgelehnter Asylbewerber aus dem Kosovo in die Bundesrepublik Jugoslawien derzeit nicht zu verantworten. Das Werkzeug der Abschiebungen, das Rücküber-

nahmeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Jugoslawien, muß vor diesem Hintergrund aufgekündigt werden.